
















<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
---	---	---	---	---	---






<p>1. Unterstützen Sie unsere Forderung nach einem sofortigen Inflationsausgleich, um das wirtschaftliche Überleben der Betreuungslandschaft zu sichern? Wir haben die Kostenstruktur der Berufsbetreuer ermitteln lassen (Warenkorb) und fordern einen Inflationsausgleich in Höhe von 19,3 %.</p>		<p>Die Arbeit der Betreuungsvereine ist uns als SPD sehr wichtig. Deshalb setzen wir uns sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene schon lange für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Betreuungsvereine ein. So bspw. auch in den letzten Haushaltsverhandlungen im Bayerischen Landtag. Für uns steht fest, dass die Ziele der Reform des Betreuungsrechts nur dann erreicht werden können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Argumente für einen entsprechenden Inflationsausgleich und eine höhere Vergütung können wir insofern sehr gut nachvollziehen.</p>	<p>Eine vernünftige Vergütung ist Grundvoraussetzung dafür, dass Betreuer*innen und Betreuungsvereine gute Arbeit leisten können. Die hohe Inflation ist hierbei natürlich eine besondere Belastung. Als Grüne in Bayern ist uns das sehr bewusst – die konkrete Vergütungssystematik und auch die Frage nach einer Inflationsprämie wird jedoch auf Bundesebene behandelt. In unseren Antworten insbesondere auch der nachfolgenden Fragen 2 bis 6 verweisen wir daher vor allem auch auf unsere grünen Positionen auf Bundesebene. Wo möglich, unterstützen wir diese als GRÜNE in Bayern (siehe z.B. Frage 3).</p>		<p>Die rechtliche Betreuung ist systemrelevant. Wir FREIE WÄHLER Können nachvollziehen, dass die Inflation rechtliche Betreuerinnen und Betreuer stark trifft Und aufgrund der Kostenexplosionen In vielen Bereichen ein vorgezogener Inflationsausgleich gefordert wird. Die aktuellen Probleme bedrohen die Existenzen von Betreuungsvereinen sowie von selbstständigen Berufsbetreuern. Als FREIE WÄHLER stehen wir einer Überprüfung der Vergütung daher offen gegenüber, allerdings weisen wir diesbezüglich explizit auf die Zuständigkeit des Bundes hin. Die Arbeit und das Engagement im sensiblen Bereich der Betreuung muss aus unserer Sicht angemessen vergütet werden.</p>
--	--	---	---	--	--

<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
---	---	---	---	---	---






<p>2. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass innerhalb der laufenden Legislaturperiode des Bundestages (bis 2025) nicht nur der Effekt der Vergütungsanpassung von 2019 evaluiert wird, sondern auch der unvergütete Mehraufwand aus dem Reformgesetz berücksichtigt werden muss?</p>		<p>Ja! Wir begrüßen ausdrücklich, dass auf Bundesebene – im Bundesjustizministerium – bereits entsprechende Gespräche stattfinden und auch ein Evaluationsbericht zur Betreuervergütung erarbeitet wird. Dies ist unseres Erachtens zwingend notwendig.</p>	<p>Auf Bundesebene war das Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung ein erster Schritt, um die existenzbedrohten Betreuungsvereine finanziell zu stärken. Aber das Problem wurde damit strukturell leider nicht gelöst. Auch das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, welches noch in der letzten Legislaturperiode unter der Vorgängerregierung verabschiedet wurde und Anfang dieses Jahres in Kraft trat, geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Beispielsweise wird durch den Nachweis der Sachkunde die Qualität verbessert. Wir hätten uns aber mehr erhofft, insbesondere wenn es darum geht, das Selbstbestimmungsrecht der Betreuten zu stärken. Auf Bundesebene setzen wir GRÜNE uns dafür</p>		<p>Bis Ende 2024 soll die Betreuervergütung evaluiert werden. In die Evaluation werden auch die vielfältigen Mehraufwände einfließen, die durch die Reform verursacht werden. Mit Blick auf die gegenwärtigen Inflationsraten plädieren wir daher für eine Priorisierung der Evaluation. Als FREIE WÄHLER begrüßen wir es, dass durch die Reform des Betreuungsrechts die Rechte der Klienten gestärkt wurden. Infolge der Inflation und Kostensteigerungen sind Betreuungsvereine und Berufsbetreuer in große finanzielle Not geraten. Vor dem Hintergrund, dass Berufsbetreuer nicht wie viele andere Berufsgruppen von den Entlastungspaketen des Bundes und der</p>

<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
---	---	---	---	---	---


			<p>ein, die Betreuungsrechtsreform noch vor Ablauf der Legislaturperiode umfassend zu evaluieren.</p>		<p>Länder profitieren, sondern bei der Vergütung auf den Gesetzgeber angewiesen sind, ist es uns FREIEN WÄHLER umso wichtiger, dass die etablierten Strukturen der Betreuungslandschaft angemessen unterstützt werden.</p>
<p>3. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass - wenn die vorliegenden Ergebnisse der Evaluierung (Ende 2024) eine Anpassung nachweisen - die Erhöhung der Betreuervergütung noch in der bestehenden Legislaturperiode vorzunehmen ist (inkl. Dynamisierung und Abschaffung des dreigeteilten Vergütungssystems)?</p>		<p>Sofern die Evaluierung entsprechende Ergebnisse zeigt und ggfs. einen Handlungsauftrag ausspricht, sollten die Dinge natürlich möglichst unverzüglich umgesetzt werden. Dafür werden wir als SPD uns einsetzen!</p>	<p>Unsere Kolleg*innen der grünen Bundestagsfraktion fordern schon lange, dass das Vergütungssystem mit monatlichen Fallpauschalen überprüft werden muss. Beispielsweise mit Blick auf die Frage, ob eine finanzielle Benachteiligung bei langfristigen Betreuungsfällen vorliegt. Außerdem fehlt nach wie vor eine gesetzliche Regelung zur Übernahme von Dolmetscherkosten. Auf Bundesebene setzen wir GRÜNE uns daher dafür ein, die Betreuungsrechtsreform noch bis 2025 zu evaluieren und die Vergütung angemessen zu erhöhen. Wir werden bei den zuständigen Ministerien</p>		<p>Basierend auf den wissenschaftlichen Daten und Ergebnissen im Rahmen einer vorgezogenen Evaluierung muss aus unserer Sicht dann auch zeitnah parlamentarisch gehandelt werden. Im Zuge dessen gilt es sich Gedanken über die Gesamtstruktur der Betreuervergütung zu machen und schnelle Lösungen zu finden, die u.a. auch die Dynamisierung oder Abschaffung des dreigeteilten Vergütungssystems umfassen, so dass noch in der aktuellen Legislaturperiode auf</p>

<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
--	---	---	---	---	---





			<p>darauf dringen, einen Dialogprozess zu Vergütungserhöhung zwischen dem Bund und den Ländern einzuleiten. Diesen möchten wir GRÜNE in Bayern aktiv begleiten und mitgestalten.</p>		<p>Bundesebene entsprechende Anpassungen vorgenommen werden können.</p>
<p>4. Unterstützen Sie unsere Forderung nach Einführung eines dauerhaften Gremiums, das die fachliche (Weiter-) Entwicklung der Berufsbetreuung zur Aufgabe hat, z.B. durch die „Bundesfachstelle Unterstützte Entscheidungsfindung“, die auch die Diskussion der (fachlichen) Qualitätssicherung übernehmen kann?</p>		<p>Als SPD setzen wir uns für die Einrichtung einer „Bundesfachstelle Unterstützte Entscheidungsfindung“ ein. Es ist erforderlich, dass es eine zentrale Stelle gibt, die sich mit der Entwicklung der Berufsbetreuung befasst und entsprechende Forschung vorantreibt. Gleichzeitig wird sie Erkenntnisse zusammentragen, als Plattform dienen und beratend der Praxis zur Seite stehen. Die SPD hat sich darum bereits in der Reform des Betreuungsrechts 2021 erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz diesen Prozess</p>	<p>Die Zuständigkeit für eine solche Bundesfachstelle liegt nicht in Länderhand. Daher haben wir uns als bayerische Grüne mit diesem Anliegen bislang nicht beschäftigt. Uns ist jedoch sehr wichtig, dass Betreuerinnen und Betreuer ausreichende Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote erhalten. Dies gilt besonders für die vielen ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer, aber natürlich auch für die Berufsbetreuung. Ein wichtiger Punkt ist für uns daher die Finanzierung der sogenannten Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine, die wir GRÜNE in Bayern</p>		<p>Die Qualität der Betreuung hat für uns oberste Priorität. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Qualifikation der Berufsbetreuer aber auch gleichermaßen für die kontinuierliche fachliche Weiterentwicklung des Betreuungswesens, um letztlich dessen fachliche Qualität zu sichern. Umso wichtiger ist es Daher für uns, dass bei Der Weiterentwicklung der Berufsbetreuung die Erfahrungen und Expertise aller im Betreuungsrecht tätigen Akteure Berücksichtigung findet und etwaiger gesetzlicher Änderungsbedarf stets unter deren Einbeziehung diskutiert und erörtert wird.</p>

<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
--	---	---	---	---	---




		<p>konstruktiv begleitet und eine stärkere Vernetzung sowie den fachlichen Austausch der verschiedenen auf diesem Gebiet tätige Akteure initiiert und aktiv fördert.</p>	<p>verbessern wollen (siehe Frage 7).</p>		
<p>5. Unterstützen Sie unsere Forderung, perspektivisch eine berufsständische Selbstverwaltung und eine auf Fachlichkeit fußende Berufsaufsicht im Rahmen einer Betreuerkammer anzustreben, die zentrale Aufgaben im Bereich der Qualitätssicherung und Professionsentwicklung übernimmt?</p>		<p>Wir als SPD befürworten Maßnahmen zur Erhöhung der Qualität der rechtlichen Betreuung. Auf Bundesebene prüfen wir die Forderung nach einer Berufsaufsicht im Rahmen einer Betreuungskammer daher intensiv.</p>	<p>Auch die berufsständische Selbstverwaltung sowie eine Berufsaufsicht im Rahmen einer Betreuerkammer sind Anliegen für die Bundesebene. Für uns ist diese Forderung neu, gerne können wir dazu ins Gespräch kommen. In der Sache halten wir das Anliegen auf einen ersten Blick für unterstützenswert.</p>		<p>Wie in anderen Berufen, etwa bei den Pflegekräften, treten wir FREIE WÄHLER auch im Bereich der Berufsbetreuer für eine Selbstverwaltung ein.</p>
<p>6. Teilen Sie unsere Auffassung, dass in der Betreuung eine Vertrauensbeziehung zu den Klient*innen unerlässlich ist? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch für rechtliche Betreuungen ein Zeugnisverweigerungsrecht eingeführt wird?</p>		<p>Klar ist, dass ein belastbares Vertrauensverhältnis zwischen Betroffenen und Betreuenden die Grundlage für eine sachgerechte Betreuung bildet. Das Herstellen eines Vertrauensverhältnisses ist schwierig, wenn Betroffene damit rechnen müssen, dass intimste Äußerungen und Gedanken vor</p>	<p>Die Beziehung zwischen Betreuerinnen und Betreuern und Betreuten ist eine sehr persönliche Beziehung. Sie stellt an Sachkunde und moralische Integrität der Betreuerinnen und Betreuer große Anforderungen. Das Zeugnisverweigerungsrecht wird jedoch in § 53 der Strafprozessordnung</p>		<p>Zwischen dem Betreuer und der betreuten Person besteht zweifellos eine besondere Beziehung, die notwendig gegenseitiges Vertrauen voraussetzt. Wie diese Beziehung im rechtlichen Kontext einzuordnen bzw. künftig auszugestalten ist, muss aus unserer</p>

<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
--	---	---	---	---	---

		<p>Gericht landen könnten. Aber: jede Ausdehnung des strafprozessualen ZVR auf neue Personengruppen schränkt die Beweismöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden ein und beeinträchtigt die Findung einer richtigen Entscheidung. Das BVerfG hat wiederholt das öffentliche Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Strafprozess hervorgehoben und die Aufklärung schwerer Straftaten als wesentlichen Auftrag eines rechtsstaatlichen Gemeinwesens bezeichnet. Vor einer Entscheidung für oder gegen ein Zeugnisverweigerungsrecht ist daher eine sorgfältige Abwägung erforderlich, um den Erfordernissen des BVerfG gerecht zu werden</p>	<p>geregelt und betrifft daher die Kompetenz der Bundesebene. Als bayerische GRÜNE können wir hier keine Initiative ergreifen, möchten Ihnen jedoch versichern, dass wir Ihre Forderung aus fachlicher Sicht sehr unterstützen.</p>		<p>Sicht daher fortlaufend auf Bundesebene evaluiert werden.</p>
<p>7. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass für</p>		<p>Wir setzen uns für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der</p>	<p>In Bayern werden zwei Drittel der Betreuungen ehrenamtlich, vor allem</p>		<p>Eine der zahlreichen und besonders wichtigen</p>

<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
--	---	---	---	---	---

<p>Betreuungsvereine eine verlässliche Finanzierungsgrundlage zu schaffen ist, die den erweiterten Querschnittsaufgaben Rechnung trägt?</p>		<p>Betreuungsvereine ein. Für uns als BayernSPD ist dies entsprechend der gesetzlichen Vorgabe, die Finanzierung einer Vollzeitkraft pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. In Bayern werden für die Berechnung jedoch bislang nur erwachsene Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigt, da, so die Argumentation der Staatsregierung, auch nur diese betroffen sein können. Dies ist auch unserer Sicht falsch. Auch bei vielen anderen Förderrichtlinien des Freistaats, die ebenfalls nur einen Teil der Bevölkerung betreffen können wie beispielsweise der Schwangerenberatung, Insolvenzberatung oder Offenen Behindertenarbeit wird auf die Gesamteinwohnerzahl abgezielt. Dass ausgerechnet die Betreuungsvereine beschränkt werden und hier</p>	<p>durch Angehörige durchgeführt. Die Betreuungsvereine sind unverzichtbar bei der Gewinnung und Begleitung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer und sie entlasten diese ganz entscheidend: Sie führen in ihre Aufgaben ein, helfen bei der Qualifizierung und Ausbildung und beraten Betroffene und Angehörige zu Themen wie Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind Querschnittsaufgaben, wie eine regelmäßige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie eine gute Vernetzung unverzichtbar. Mangelnde Ressourcen der Betreuungsvereine gehen zu Lasten der Ehrenamtlichen, aber auch der betreuten Personen. Wir GRÜNE haben deshalb immer wieder eine ausreichende und verlässliche finanzielle</p>		<p>Tätigkeiten von Betreuungsvereinen ist die Querschnittsarbeit. Um mehr Qualität im Rahmen der Betreuungstätigkeit und die Ziele der Reform zu erreichen, ist eine vernünftige Finanzierung essenziell. Darüber hinaus sind Querschnittsaufgaben wesentlich für den Erhalt einer qualitativ hochwertigen Betreuungsarbeit. Zusätzlich kommt auch auf den Berufsstand der Berufsbetreuung ein gravierendes Nachwuchsproblem zu. Wir FREIE WÄHLER setzen uns daher für eine auskömmliche Finanzierung für Betreuungsvereine ein, so dass mit dem wertvollen Knowhow der Berufsbetreuer die Erprobten Strukturen aufrechterhalten und erweiterten Querschnittsaufgaben umgesetzt werden können.</p>
--	--	---	--	--	--

<p>Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.</p>					
		<p>eine andere Berechnung zugrunde gelegt wird, ist für uns nicht hinnehmbar. Nicht zuletzt setzen wir uns auch dafür ein, dass wir in Bayern die Systematik der Eigenmittel (etwa durch eine Anrechnung von Ehrenamt und Räumlichkeiten) neu aufstellen. Diese belasten gerade kleine Träger sehr.</p>	<p>Ausstattung der Betreuungsvereine gefordert.</p>		
<p>Ihr Fazit:</p>					